Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Rade-ormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 17 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver, Montag, den 21. Januar | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt", „Herd u. Scholle" — „Für unsere Frauen" und „Am Abend" | 1929

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Wegen der in einer englischen Zeitschrift abgedruckten Gröner-Denkschrift ist vom Reichswehrministerium beim Oberreichsanwalt Anzeige „gegen Unbekannt" erstattet worden.

Das deutsch-polnische Holzabkommen, in dem Polen die Einfuhr von jährlich 1,25 Millionen Schnittholz zugestanden wurde, ist um ein Jahr verlängert worden.

* In Bozen wurde ein ehemaliger Klempner und seine Frau verhaftet, der in München verschiedene Personen unter dem Vorgeben, ein Verfahren zur Herstellung von Gold erfunden zu haben, um über 2½ Millionen Mark geschädigt hat.

Der 10-Milliarden-Etat.

Wenn am 24. Januar der Reichstag zusammentritt, dann wird ihm von der Reichsregierung ein Brocken hingehalten werden, den hinunterzuschlucken ihm einige Mühe machen wird. Mit genau gesagt 9,9 Milliarden balanciert der Haushalt des Reiches, besser gesagt, soll er balancieren. Das ist etwa doppelt soviel, als in der Vorkriegszeit die Reichsausgaben betrugen. Und wenn man hinzunimmt, was von dem Steuerzahler die Länder und Kommunen verlangen, so verdoppelt sich diese Summe noch einmal. Für öffentliche Zwecke — und dabei sind die Zahlungen für die Sozialversicherung, auch etwa fünf Milliarden, noch nicht einmal eingerechnet — muß das deutsche Volk etwa 20 Milliarden aufbringen, also etwa ein Drittel des Ertrages seiner Wirtschaft, gegen etwa ein Sechstel in der Vorkriegszeit. Und trotzdem hört man im Ausland selbst aus dem Munde politisch ernst zu nehmender Persönlichkeiten, daß die deutsche Steuerlast längst nicht das Ausmaß der z. B. dem englischen Steuerzahler auferlegten erreiche.

Und diese Steuerlast soll ja nun eine noch schwerere werden, damit der Etat überhaupt zum Ausgleich kommt, denn auf der Einnahmenseite ist nicht mehr auf so viel zu rechnen wie im laufenden Etatsjahr, kann man nicht mehr aus Überschüssen, die vergangenen Zeiten entstammen, das Defizit decken helfen. Und auf der Ausgabenseite schwellen die Posten immer höher an. Ein Defizit von mehr als 600 Millionen war zu decken, bei dem die Steigerung der Tributverpflichtungen um 312 Millionen fast die Hälfte ausmacht.

Man will dieses Defizit nun zunächst dadurch beseitigen, daß den Ländern und Gemeinden 120 Millionen Mark weniger ausgezahlt werden, als ihnen auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes eigentlich zustehen würde. Außerdem soll die Reichspost, die bisher 100 Millionen Mark in die Reichskasse abgab, jetzt 36,5 Millionen Mark mehr zahlen. Man hat außerdem starke Abstriche bei den Etats der einzelnen Ministerien gemacht, hat z. B. den Reichswehretat um 23 Millionen, die ursprünglich geplante Zahlung für die Kleinrentnerfürsorge um 15 Millionen Mark gekürzt und erledigt die Verpflichtungen aus der Rückzahlung der Anleiheablösungsschuld zum Teil dadurch, daß man anstatt baren Geldes Reichsanleihestücke hergibt. Das alles hat aber nicht ausgereicht, um den Rückgang der Einnahmen und das Steigen der Ausgaben zu balancieren. Neue Steuererhöhungen sind notwendig. Der Reichsfinanzminister hat dem Zweifel Ausdruck gegeben, daß die Aufbringung der Riesensumme von zehn Milliarden Mark möglich sei ohne Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Fortschritts, und äußerte, aus diesem Etat dürfe man keinen Rückschluß ziehen auf die Leistungsfähigkeit, wohl aber auf den Leistungswillen der deutschen Wirtschaft. Aber Dr. Hilferding hat schon erfahren, daß seine steuerlichen Deckungspläne einer überaus scharfen Kritik begegnen. Es bedeutet ein Alarmzeichen, daß die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei telegraphisch nach Berlin berufen worden ist, daß gleichzeitig Mitteilung davon gemacht wurde, ihr Vertreter im Reichskabinett, Postminister Schätzel, habe gegen die Erhöhung der Biersteuer in scharfer Form Protest eingelegt. Nun soll aber durch diese Mehrbelastung eine Summe von 165 Millionen Mark hereingebracht werden, was eine Erhöhung der Biersteuer um etwa ein Drittel bedeuten würde. 90 Millionen soll die Besteuerung des Branntweis mehr erbringen als bisher und bei der Besitzbesteuerung soll durch die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf das Gattenerbe sowie durch Erhöhung der Vermögenssteuer um 20 Prozent eine Mehreinnahme von etwa 125 Millionen Mark erzielt werden. Andererseits aber sollen die Einkommen bis 25 000 Mark um 5 Prozent weniger Steuern zahlen, wobei man mit einem Rückgang der Steuereinkünfte um etwa 150 Millionen Mark rechnet.

Aber nicht bloß die Bayerische Volkspartei, sondern auch andere der das jetzige Kabinett stützenden Parteien haben sich sehr scharf gegen die Deckungspläne Dr. Hilferdings ausgesprochen. Infolgedessen wird es namentlich in den Kreisen der Deutschen Volkspartei mit auffallender Schärfe getadelt, daß der Reichskanzler Müller bisher nichts getan habe, um unter den Regierungsparteien eine Einigung in der Deckungsfrage herbeizuführen. Und darüber hinaus die Schaffung einer festen Regierungskoalition in die Wege zu leiten, die aus außenpolitischen Gründen eine Notwendigkeit ist. Schon spricht man davon, daß die Bayerische Volkspartei ihren Vertreter aus der Reichsregierung zurückziehen will, und bei der engen Verbindung, die von dieser Partei zum Zentrum hinüber besteht, kann man ohne weiteres damit rechnen, daß das Zentrum gleichfalls mit den Vorschlägen Dr. Hilferdings keineswegs durchaus einverstanden ist. Trotzdem soll der Reichskanzler erst unmittelbar vor Zusammentritt des Reichstages, also am 24. d. M., die Vertreter der hinter der Reichsregierung stehenden Parteien zusammenholen.

Und wenn man daran denkt, daß neben den Steuervorlagen auch noch die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen dem Reich auf der einen, den Ländern und Gemeinden auf der andern Seite bis spätestens zum 31. März erfolgen muß, kann man sich auf scharfe Auseinandersetzungen im Reichstag und im Reichsrat gefaßt machen.

Das verschwundene Gröner-Dokument

Der Verrat der Grönerschen Denkschrift.

Strafanzeige „gegen Unbekannt".

In der Angelegenheit des Verrats der Grönerschen Panzerkreuzerdenkschrift ist beim Oberreichsanwalt in Leipzig eine Anzeige „gegen Unbekannt" wegen Landesverrats eingegangen. Dieser Anzeige muß stattgegeben werden, wenn feststeht, daß es sich bei dem Inhalt der veröffentlichten Denkschrift tatsächlich um geheimzuhaltende Nachrichten handelte. Eine Ermittlungsverfahren ist noch nicht eingeleitet.

In der Reichswehrministeriumsabteilung, die die Denkschrift hergestellt hat, haben zwecks Aufklärung des Dokumentenverrats bereits Umfragen stattgefunden, ohne daß jedoch bisher irgendein Ergebnis zu verzeichnen wäre. Der Reichswehrminister hat, wie verlautet, bestimmte Offiziere beauftragt, festzustellen, ob im Reichswehrministerium selbst bezüglich der Denkschrift alles in Ordnung zugegangen ist. Die allgemeine Untersuchung aber liegt beim Justizministerium. Das Reichswehrministerium hat sämtliche Denkschriftexemplare, die es ausgegeben hat, zurückgefordert. Ob das jedoch zu einer Aufklärung führen kann, erscheint zweifelhaft. Die ausgegebenen Exemplare waren zwar numeriert, aber es läßt sich nicht kontrollieren, ob nicht außer den numerierten Exemplaren einige Vervielfältigungen unnumeriert im Reichswehrministerium selbst zurückgeblieben sind, ganz abgesehen davon, daß — was nicht unwahrscheinlich ist — ein Exemplar unbefugt abgeschrieben worden sein könnte. Von welcher Seite eine Indiskretion begangen wurde, das kann natürlich nur durch eine eingehende Untersuchung festgestellt werden, aber es bleibt immerhin fraglich, ob selbst die peinlichste Untersuchung zum Ziele führen würde, da Ermittlungen in England, die vielleicht allein auf bestimmte Spuren führen könnten, nicht möglich sein dürften.

Einem Gerücht zufolge sollen die bisherigen Ermittlungen es als wahrscheinlich erscheinen lassen, daß der englischen Zeitschrift die Denkschrift von dem in Deutschland „wirkenden" Spionagedienst einer ausländischen Macht zugesteckt worden ist.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsch-polnisches Holzabkommen verlängert.

In Warschau ist das deutsch-polnische Holzabkommen, dessen Gültigkeitsdauer abgelaufen war, wieder erneuert worden, und zwar auf ein Jahr, mit der Maßgabe, daß seine Gültigkeit sich jeweils um ein weiteres Jahr verlängert, wenn nicht drei Monate vorher einer der beiden Teilnehmer kündigt. Polen ist von Deutschland ein Einfuhrkontingent für Schnittholz in Höhe von 1,25 Millionen Kubikmetern zugestanden worden. Deutschland hat sich verpflichtet, den Schnittholzzoll auf der jetzigen Höhe zu halten, während Polen sich verpflichtet hat, keine Erhöhung des Einfuhrzolls auf deutsches Rundholz vorzunehmen. Deutschland hat sich entschlossen, das Holzabkommen zu verlängern, nachdem man wenigstens zu der grundsätzlichen Vereinbarung gekommen war, daß beide Teile sich verpflichten, während der Dauer des neuen Holzabkommens keine Verschärfung ihrer Kampfmaßnahmen gegen den Vertragspartner vorzunehmen. Außerdem hat Polen versprochen, für gewisse deutsche Industriezweige Einfuhrerleichterungen zu gewähren. Diese Einfuhrerleichterungen für einzelne deutsche Industriezweige sollen ebenso wie das Holzabkommen sofort in Kraft treten.

Der Chef der Marineleitung in Kiel.

Der Chef der Marineleitung, Admiral Räder, der eine Besichtigungsreise durch die Standortanlagen der Nord- und Ostsee machte, stattete auch Kiel einen Besuch ab. Bei den Deutschen Werken hatte er Besprechungen über die Vorarbeiten für das Panzerschiff A. Auch das Marinearsenal wurde einer Besichtigung unterzogen.

Frankreich.

Ein Antrag zur Französierung von Namen.

Der radikale Abgeordnete Lambert hat in der Kammer einen Gesetzesvorschlag eingebracht, durch den Ausländer, die die französische Nationalität erworben haben, ermächtigt werden sollen, die Französierung ihres Vor- und Zunamens zu beantragen. Zur Begründung dieses Vorschlages führte Lambert aus, daß eines der größten Hindernisse für die Assimilierung des naturalisierten Ausländers der fremdländische Name bleibe, den die meisten von ihnen führten und der selbst nach Generationen auf ihre Herkunft schließen ließe.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, zum Vortrag.

Mexiko. Nach Berichten von der Grenze ist im nordwestlichen Guatemala eine Aufstandsbewegung ausgebrochen. An der Spitze steht der frühere Kriegsminister General Jorge Ubico, in dessen Gewalt sich mehrere Orte befinden. Die Verbindungen mit Guatemala sind unterbrochen.

Rom. Premierminister und Marineminister Mussolini empfing den Kommandanten des deutschen Schulschiffes „Emden", Fregattenkapitän Arnauld de la Perrière, seinen Adjutanten und den ihn begleitenden italienischen Marineoffizier. Die Vorstellung erfolgte durch den deutschen Botschafter Freiherrn von Neurath.

Nicht Revision, sondern Ergänzung des Dawes-Planes.

Die amerikanischen Reparationsdelegierten.

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit der Reparationskommission zu amerikanischen Mitgliedern des in Genf am 16. September beschlossenen Sachverständigenausschusses für die endgültige und vollständige Regelung der Reparationsfrage ernannt: Mr. Owen D. Young und Mr. J. P. Morgan. Die Ernennung ist den beiden genannten Persönlichkeiten telegraphisch mitgeteilt worden. Wie aus Newyork gemeldet wird, haben Morgan und Young ihre Ernennung angenommen.

In einer formellen Erklärung führte Owen D. Young aus, daß die Sachverständigenkonferenz den Dawes-Plan nicht revidieren werde. Eine derartige Annahme gehe von einer ganz falschen Auffassung aus. Der Zweck der Sachverständigenkonferenz sei vielmehr, den Dawes-Plan durch eine Festsetzung des Gesamtbetrages, den Deutschland zu zahlen habe, und durch eine Festsetzung der Zahl der Annuitäten zu ergänzen. Es würde zu Mißverständnissen führen, falls der Eindruck bestünde, daß man an Stelle des Dawes-Planes einen neuen Plan aufbauen wolle. Young erklärte ferner, er betrachte die Durchführung des Dawes-Planes durch Parker Gilbert als eine der hervorragendsten Leistungen der Nachkriegszeit. Die amerikanischen Sachverständigen würden an den Beratungen des Sachverständigenausschusses bis zur völligen Erledigung der gestellten Aufgaben teilnehmen. Nach seiner Schätzung werde die Lösung dieser Aufgaben etwa 60 bis 90 Tage beanspruchen.

Hinsichtlich der Haltung Washingtons erklärte Young, die amerikanische Regierung habe seinerzeit während der Arbeiten des Dawes-Komitees den amerikanischen Mitgliedern des Komitees gegenüber keinerlei Wünsche geäußert, und er nehme an, daß die amerikanische Regierung auch der kommenden Konferenz gegenüber die gleiche Haltung einnehmen werde.

Die Verankerung des Panzerkreuzers.

Die zweite Rate für Panzerkreuzer A.

In den einmaligen Ausgaben für den neuen Marineetat findet sich die zweite Rate des viel umkämpften Panzerkreuzers A (Ersatz „Preußen"). Es werden gefordert für das Panzerschiff 9,8 Millionen Mark gegenüber sechs Millionen Mark im Etatsjahr 1928. Dazu kommen 3,4 Millionen Mark für die Artilleriearmierung und 200 000 Mark für die Torpedoarmierung. Das sind also insgesamt 13,4 Millionen Mark.

Die Ausgaben für die Wehrmacht des Reiches spielen im neuen Reichshaushaltsplan wiederum eine erhebliche Rolle, und zwar belaufen sie sich auf rund 704 Millionen Mark. Eine Ausgabenverminderung ist vorgenommen worden bei den einmaligen Ausgaben, während die fortdauernden Ausgaben gegenüber 1928 ein Mehr von 4,5 Millionen Mark aufweisen. Die Summe der fortdauernden Ausgaben beläuft sich insgesamt auf 615 Millionen Mark. Die einmaligen Ausgaben betragen rund 88 Millionen Mark. Das Heer beansprucht für das nächste Rechnungsjahr einmalige Ausgaben in Höhe von 24 Millionen Mark und für die Reichmarine werden 64 Millionen Mark als einmalige Ausgaben angefordert.

Entschließungen der bayerischen Bauernkammern.

Boykottandrohungen durch die Landwirtschaft.

Auf der von den bayerischen Bauernkammern in München veranstalteten Kundgebung kam es zu einer eingehenden Aussprache, die zum Teil heftige Formen annahm. Einen Entschließungsentwurf über die Steuer-, Sozial- und Reparationslasten fanden die meisten Redner als zu schwach; es wurde eine Resolution vorgeschlagen, in der erklärt wird, daß die bisherigen Bitten der Landwirtschaft kein Gehör gefunden hätten und die Landwirtschaft am Ende ihrer Kraft sei. Wenn bis zum Ende der Ernte 1929 die Forderungen der Landwirtschaft nicht erfüllt seien, werde die Landwirtschaft die Belieferung der Städte einstellen und nur für die Versorgung der Bauernfamilien und Dienstboten arbeiten.

Ein Redner schlug eine Entschließung vor, wonach Genossenschaften, Geschäfte, Müllereien, Bäckereien usw., die Auslandsprodukte verarbeiten und in Verkehr bringen, von der Landwirtschaft boykottiert werden sollen, außerdem soll dieser Beschluß den Bezirksbauernkammern mitgeteilt werden. Schließlich wurde noch der Steuerstreik angedroht für den Fall, daß der Reichsfinanzminister seine Haltung nicht ändere.

Landwirtschaftsminister Dr. Fehr gab neuerdings die Zusage, daß die bayerische Regierung alles tun werde,

was in ihrer Kraft stehe, und daß sie die Reichsregierung nachdrücklichst darauf hinweisen werde, was der deutschen Landwirtschaft not tue. Die beiden obengenannten Entschließungen wurden sodann angenommen.

Ostpreußens Warnrufe.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die Vollversammlung der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer nahm zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen einstimmig folgende Entschließung an: Der Fortgang der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gibt der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer erneut Veranlassung, vor einer Preisgabe der ostpreußischen landwirtschaftlichen Interessen mit allem Ernst noch einmal zu warnen. Ohne Unterschied der Betriebsgrößen steht ganz Ostpreußen in schwerster Wirtschaftskrise. Deshalb erhebt es beizeiten und als Antwort auf solche Bemühungen nichtlandwirtschaftlicher Organisationen, welche den verantwortlichen Stellen gegenüber lebenswichtige Kräfte Ostpreußens abzuschwächen suchen, Einspruch gegen jedes Zugeständnis an Polen, welches auch nur die Möglichkeit einer Verschärfung des heutigen ostpreußischen Wirtschaftsdruckes in sich trägt. Die Vollversammlung warnt vor Nachgiebigkeit und erwartet eine Lösung, welche der bekannten These „Ostpreußen oder Polen" gerecht wird. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer wird ersucht, in diesem Sinne das weitere zu veranlassen.

Ende der Wohnungsnot 1935?

Es fehlen noch 450 000 Wohnungen.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages gab Staatssekretär Scheidt bei der Beratung des Wohlfahrtsetats einen Überblick über die Entwicklung der Neubautätigkeit des letzten Jahres in Preußen. Obwohl die Aussichten für das Baujahr 1928 sehr ungünstig waren, ist es gelungen, im Jahre 1928 185 456 Wohnungen zu erstellen. Da die Zahl der durch Umbau gewonnenen Wohnungen und der durch Abbruch und Brand in Abgang kommenden ungefähr die gleiche sein dürfte wie im Jahre zuvor, so haben wir mit einem Mehrzuwachs von 6500 Wohnungen zu rechnen.

Der Fehlbedarf wird für das Reich auf 450 000, für Preußen auf 300 000 Wohnungen berechnet. Wenn jährlich von diesem Fehlbedarf 40 000 Wohnungen gedeckt werden, d. h., wenn in Preußen jährlich 180 000 Wohnungen gebaut werden, so darf damit gerechnet werden, daß in Preußen im Jahre 1935 die Wohnungsnot behoben sein dürfte.

Tiefstand parlamentarischen Kampfes.

Stürmische Debatte im Bayerischen Landtag.

Als der nationalsozialistische Abgeordnete Dauser im Landtag sagte, der Reichskanzler habe Briand erklärt, er werde dafür sorgen, daß es in Deutschland nicht so viele Kinder gäbe und daß Deutschland nicht so gefährlich werde, erhob sich bei den Sozialdemokraten ein Sturm der Entrüstung. Von den sozialdemokratischen Bänken erfolgten beleidigende Zurufe, die die Nationalsozialisten erwiderten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Endres wurde dreimal zur Ordnung gerufen. Auch andere sozialdemokratische Abgeordnete erhielten Ordnungsrufe. Später kam es erneut zu einer Lärmszene, als Dauser mit Beziehung auf die Sozialdemokraten von „Volksgenossen, die es sein wollen" und von einer Verbrecherpolitik sprach. Es entstand ein solcher Lärm, daß der Präsident die Sitzung aufhob

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erteilte er Dauser einen Ordnungsruf und erklärte, die Äußerungen des Redners bezeugten einen Tiefstand des Kampfes, für den jede parlamentarische Qualifikation fehle.

Landbund gegen Preußenkasse.

Ehrung des Reichsministers a. D. Schiele.

Der Schlesische Landbund trat zu seiner zehnten Bundestagung in Breslau zusammen. Nach Überreichung der Goldenen Medaille des Schlesischen Landbundes an den Reichsminister a. D. Dr. Schiele hielt er einen Vortrag über „Der Reichslandbund und die Lage der Landwirtschaft". Darauf wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt: „Das Vertrauen der deutschen Landwirtschaft auf eine gerechte Agrarpolitik ist schwer enttäuscht worden mit dem Ergebnis, daß heute ein großer Teil der Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch steht. Wenn auch die Erkenntnis dieser Notlage allenthalben, vor allem auch bei den amtlichen Stellen, vorhanden zu sein scheint, so muß die deutsche Landwirtschaft jedoch den Willen, ihr zu helfen, auf der ganzen Linie vermissen. Sie muß im Gegenteil mit Empörung feststellen, daß aus der erkannten Notlage Maßnahmen, wie die vom Präsidenten der Preußenkasse vorgeschlagene Aufnahmeorganisation, geplant werden, die nichts anderes als einen bewußten Besitzwechsel aller Besitzgrößen zugunsten des Staates darstellen. Der zehnte Schlesische Landbundtag sieht den einzig möglichen und Erfolg sichernden Rettungsweg in der Schaffung eines Besitzerhaltungsfonds, wie er durch die Eingabe der Abgeordneten Freiherr von Richthofen und Schröder (Liegnitz) gefordert worden ist. Wird dieser Weg nicht beschritten, so wird der wirtschaftliche Niedergang nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern auch infolge der inneren Verflechtung mit Industrie, Handel und Gewerbe, ebenso bei den übrigen Teilen unserer Wirtschaft, verschärft."

Beibehaltung der Technischen Nothilfe.

1½ Millionen Mark im Etat vorgesehen.

Reichsinnenminister Severing hatte seinerzeit die Streichung der für die Technische Nothilfe im Reichshaushalt vorgesehenen Mittel angekündigt. Wie verlautet, sind jedoch in dem vom Reichsfinanzminister aufgestellten und vom Kabinett genehmigten Haushalt 1929 insgesamt 1 400 000 Mark für die Technische Nothilfe vorgesehen, so daß deren Fortführung als gesichert erscheint.

Nicht Kampf, sondern Einsicht.

Krupp über die Arbeitskonflikte.

In der Generalversammlung der Friedr. Krupp A.-G. in Essen machte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Dr. Krupp, u. a. folgende Ausführungen:

Die Überspannung der Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik hat die deutsche Eisenindustrie und den Ruhrbergbau in eine schwierige Lage gebracht. Es ist unmöglich geworden, für das im Bergbau oder in der Eisenindustrie arbeitende Kapital eine angemessene Rente herauszuwirtschaften. Dieser Zustand entspricht keineswegs den Interessen der Arbeitnehmer; denn eine Verkümmerung der Industrie bedeutet Einschrumpfung der Arbeitsmöglichkeit, wie sie im Bergbau bereits in weitem Umfange eingetreten ist.

Man hätte erwarten sollen, daß angesichts dieser Entwicklung die Lohnbewegung im vergangenen Jahre bei der ständig absteigenden Konjunktur hätte zum Stillstand kommen müssen Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben ein Jahr schwerster lohnpolitischer Kämpfe hinter uns, wie sie in diesem Umfange in unserem Unternehmen bisher niemals zu verzeichnen waren. Es ist nicht zu verstehen, daß in einer Zeit absinkender Konjunktur die Vertreter der Arbeiterschaft die größten Lohnforderungen stellten, und daß die staatlichen Behörden diese in weitem Umfang für gerechtfertigt erklärten und dadurch eine Lage schufen, in der die schwer gefährdete Industrie den sich unvermeidlich ergebenden Arbeitskämpfen nicht ausweichen konnte.

Mit Genugtuung aber haben wir auch feststellen dürfen, daß die weitaus größte Zahl gerade unserer Arbeiter diesem Treiben nicht nur ferngeblieben ist, sondern es bewußt abgelehnt hat. So möchte ich in dem sicher bedauerlichen Akt der Aussperrung nicht den Anfang einer neuen und schärferen Methode des Lohnkampfes erblicken, sondern die Anbahnung größerer Einsicht in wirtschaftliche Dinge.

Wege müssen gefunden werden, die als Regel ohne staatliche Einmischung zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen. Die in steigendem Maße unelastischen Selbstkosten der deutschen Industrie sind von Jahr zu Jahr über die ihrer ausländischen Konkurrenz hinausgewachsen. Unsere einstmals starke Stellung auf dem Weltmarkt ist sowohl in Eisen wie in Kohle schwer erschüttert. Die deutsche Montanindustrie kann und darf jedoch ihren Charakter als Exportindustrie nicht verlieren, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden soll, der Arbeiterschaft unseres überbevölkerten Landes weiterhin die Arbeitsmöglichkeit auf deutschem Boden zu gewährleisten, und wenn sie ferner dazu beitragen soll, durch den Export ihrer Erzeugnisse mitzuwirken an der Aufbringung der Reparationslasten.

Die russische Agrarkrise.

Nahrungsmittelmangel der Großstädte.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sprach auf der Sitzung der Genossenschaften der Landwirtschaftskommissar Kubjak über die Brotversorgung der Sowjetunion. Er erklärte, daß die Sowjetregierung nicht die notwendigen Mittel habe, um den Saatbau in Rußland in genügender Weise zu vergrößern. Es fehlten 38 Millionen Goldrubel für die Vergrößerung der Saatbaufläche, die von der Bevölkerung selbst gesammelt werden müßten.

Nach Moskau und Leningrad sind aus Sibiren auf schnellstem Wege Getreide und Lebensmittel entsandt worden, um eine normale Belieferung der Bevölkerung zu sichern.

Chaos in Afghanistan.

Der Ringelreigen der Könige.

Die innenpolitische Lage in Afghanistan wird immer verworrener. Nachdem der Nachfolger Aman Ullahs, Inajat Ullah, geflohen und der neue Emir Habib Ullah in der ganzen Provinz Kabul zum Herrscher ausgerufen worden war, kommt jetzt die Nachricht, daß Exkönig Aman Ullah infolge der gegebenen Verhältnisse seine Abdankung zurückgezogen hat und alle loyalen Afghanenvolksstämme auffordert, sich unter seiner Fahne zu sammeln.

Die Lage in Kabul hat sich inzwischen noch mehr zugespitzt. Die ausländischen Gesandtschaften werden von den aufständischen Truppen bewacht. Einige Gesandtschaften erwägen bereits ihre Abreise aus Kabul. Über die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Besonders scharf werden die Häuser bewacht, in denen sich Ausländer aufhalten. Vor dem König Habib Ullah fand eine Parade statt, wobei der neue König eine Ansprache an die Truppen hielt, in der er betonte, daß der Kampf noch nicht abgeschlossen sei. Von den Gesandtschaften ist nur die englische mit der neuen Regierung in Verbindung getreten.

Vertauschte Rollen.

Zuchthäusler als Zeugen — Justizbeamte als Angeklagte.

Ein eigenartiger Prozeß wird an eigenartigem Ort, nämlich in der Anstaltskirche des Zuchthauses in Sonnenburg, verhandelt. Angeklagt sind neben mehreren Schutzpolizeibeamten 24 Strafanstaltsbeamte des Zuchthauses in Sonnenburg wegen Diebstahls und Hehlerei. Eigenartige Zustände scheinen in dieser Strafanstalt geherrscht zu haben. Es scheint dort, wie man so sagt, „ein fideles Gefängnis" gewesen zu sein. Eine Berliner Firma hatte in Sonnenburg ein Lager von alten Heeresbeständen erworben. Dorthin wurden alle ausgeschiedenen Garnituren der Regimenter geliefert und in den Werkstätten der Strafanstalt umgearbeitet. Mit diesen Beständen scheinen nun große „Schiebungen" vorgenommen worden zu sein, deren Art und Weise die jetzigen Verhandlungen aufdecken sollen. Jedenfalls sollen die Gefangenen stets im Besitz größerer Geldmittel gewesen sein und zusammen mit ihren Aufsehern innerhalb und außerhalb der Anstalt ein Leben geführt haben, wie es weder der Besserungs- noch der Abschreckungsmethode des Strafvollzuges entsprach. Als dann die Leitung des Strafvollzugsamtes durchgriff, eine völlig neue Verwaltung einsetzte und die schwersten Verbrecher auf andere Zuchthäuser verteilte, erstatteten diese Anzeige wegen der Vorkommnisse. Ob nun diese Beschuldigungen auf Wahrheit beruhen, wird das Gericht jetzt zu prüfen haben und untersuchen müssen, inwieweit den Aussagen dieser eigenartigen Zeugen, die sich zum Teil aus „Lebenslänglichen" zusammensetzen, die nichts mehr zu verlieren haben, Glauben zu schenken ist.

Eigenartiger Freispruch eines Mörders.

In Sinnesverwirrung gehandelt.

Der Redakteur Oskar Pöffl, der vor einigen Monaten im Gerichtssaal in Wien seinen früheren Redaktionskollegen Wolff vom „Neuen Wiener Journal", der ihn der Erpressung beschuldigt hatte, mit fünf Revolverschüssen tötete, wurde vom Wiener Schwurgericht freigesprochen. Dieses Urteil kam dadurch zustande, daß die Geschworenen mit zwölf Stimmen die Frage auf Mord bejahten, aber mit neun gegen drei Stimmen die Zusatzfrage auf Sinnesverwirrung ebenfalls bejahten, was nach dem Gesetz den Freispruch zur Folge hatte.

Ein ungewöhnlicher Gattenmordprozeß.

Das Pariser Schwurgericht hat wieder einmal gegen eine Gattenmörderin einen Freispruch gefällt. Die Angeklagte, Louise Landy, eine einfache Arbeiterfrau, hat ihren Mann vor dem Kriege kennengelernt und geheiratet. Im Kriege zum Heeresdienst eingezogen, brachte der Mann sich selbst Verstümmelungen bei, desertierte und verkleidete sich, um den Nachforschungen zu entgehen, als Frau. In dieser Verkleidung lebte er dann länger als zehn Jahre, während seine Frau in einer Fabrik nur einen kümmerlichen Tagelohn von 15 Frank verdiente. Der Mann ergab sich indessen dem Trunk und peinigte seine Frau so sehr, daß diese schließlich, bewußtlos vor Zorn, ihn tötete.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 21. Januar 1929.

Titel für Mittel.

Jeder kennt das ironische Wort „Titel ohne Mittel". Einer heißt „Doktor", heißt „Professor" gar, aber er hat nichts zu brechen und zu beißen. Wie man so zu sagen pflegt. Was nützt ihm der schöne Titel, den er sich im Schweiße seines Angesichts und durch soundsoviel Examina erarbeitet hat, wenn er jetzt hungern und frieren muß? Andere aber haben Mittel bis dort hinaus, doch es fehlt ihnen der Titel. Das gehört ja nicht unbedingt dazu, aber viele möchten so was für ihr Leben gern haben! Ordensländchen und „Kommerzienrat" ist ja

---

Die Erbin von Wolferdingen.

51 Roman von E. Bastian-Stumpf.

Copyright by K. & H. Greiser, G.m.b.H., Rastatt.

Sie waren gerade beim Abschiednehmen, als Graf Limburg gemeldet wurde. Herta forderte sie zum Bleiben auf, aber Achim ließ sich, bewogen durch Anneliesens bittende Augen, nicht mehr halten. Nachdem sie den Grafen begrüßt hatten, gingen sie.

Auf der Heimfahrt bemerkte Anneliese:

„Ich glaube Graf Limburg bewirbt sich um Herta, ich möchte wünschen, daß es so ist — wenn es auch Papa nicht verdient, so schnell von ihr vergessen zu werden."

Ihre Worte, die bestätigten, was Achim dachte, bereiteten ihm Qual. Schroff, wie noch niemals entgegnete er:

„Anneliese, welch ein Unsinn — in tiefster Trauer an eine andere Heirat zu denken . . ."

Anneliese war erschrocken und blaß geworden.

„Verzeih, Achim," sagte sie mit weher Stimme. Ich weiß, es ist nicht recht von mir, jetzt an solche Sachen zu denken. Aber ich habe von Herta noch nie Liebe erfahren, alles was sie mir gegenüber tut, ist Schein und ich werde in ihrer Gegenwart, wenn sie noch so freundlich und besorgt ist, nie das Empfinden los, sie führt etwas gegen mich im Schilde. Ich täusche mich nicht, Achim, Herta haßt mich, ich war ihr im Wege von der Stunde an, wo sie Papa betörte und sie kann es mir nie verzeihen, daß ihre Rechnung eine falsche war, daß ich, und nicht sie, Erbin von Wolferdingen wurde. Und deshalb, Achim, würde ich es für ein Glück preisen, wenn Graf Limburg Ernst machen würde. Sie käme fort von hier, ich wäre ihren Augen entrückt und sie könnte mir nicht mehr gefährlich sein."

Durch Anneliesens wehes Sprechen, erwachte Achim aus seinem Rausch und er fühlte, seine Frau sprach die Wahrheit. Herta wollte ihn von neuem betören und sein Weib, das sie ihm aufgedrungen, in das Herz treffen. Und das durfte nicht sein, alle Neigung, die er für das liebliche Geschöpf an seiner Seite hegte, sträubte sich dagegen. Er faßte nach ihrer Hand und zog sie an die Lipen.

„Verzeihe mir, mein Lieb, wenn ich vorhin ein wenig heftig war, aber ich kannte deinen Gedankengang nicht. Ich meine auch, du siehst zu schwarz mit deinen Befürchtungen, da ich an Hertas Benehmen nichts Falsches entdecken kann. Und bin ich nicht an deiner Seite, um dich zu beschützen und beschirmen, wenn dir wirklich eine Gefahr droht, die aber sicherlich nur in deiner Einbildung besteht."

So versuchte er ihre Bedenken zu zerstreuen, während er selbst innerlich unruhig war . . . — . . .

Die Jagdsaison war eröffnet und in Breitenfels hatten sich einige Studienkameraden aus der Residenz angesagt. Als die ersten eintrafen, ging es auf dem Gute bald lebhaft zu.

Anneliese machte zum ersten Male seit ihrer Verheiratung di Honneurs der Hausfrau. Ein wenig unsicher, machte sie sie doch in reizender Art, die ihr gut stand und ihre Anmut recht zutage treten ließ. Achims gütiges Wesen ließ sie dann ihre Befangenheit verlieren und ein wenig aus ihr Reserve heraustreten. Die Freunde des Barons huldigten ohne Ausnahme seiner lieblichen Frau und priesen ihn als den glücklichen Menschen, der das große Los gezogen hat.

Anneliese nahm die ungewohnten Huldigungen verwirrt entgegen und schaute mit ihrem lieben Lächeln dem Gatten in das Gesicht, wie er sie aufnahm.

Er nickte ihr zu und fühlte sich jetzt im Besitze der sanften Frau sehr glücklich, die Schönheit Hertas verblaßte neben ihrem lieben Bild und er konnte dem Grafen Limburg, der ebenfalls als Gast eintraf, ohne Neid entgegen treten.

Wenn Hertas Persönlichkeit nicht auf seinen Sinn wirkte, dachte er nicht an sie und fühlte sich innerlich frei. Und durch die Aufmerksamkeiten seiner Freunde ward sein Interesse an Anneliesens Innenleben wach und er fing an, sie zu studieren. Da mußte er sich gestehen, daß er seine eigene Frau noch nicht kannte. Er entdeckte täglich neue Eigenschaften an ihr, die sie ihm um vieles näher brachte. Er war deshalb ruhig, als Herta eines Tages in Breitenfels unverhofft eintraf.

Es war, nachdem die Gäste bereits das Gut wieder verlassen hatten. Die schöne Frau erschien in einer wunderbar gearbeiteten Toilette, in der ihre herrliche Gestalt voll zur Geltung kam. Ihr Goldhaar stach seltsam von dem Schwarz ab und schien elektrische Funken zu sprühen, so leuchtete es.

Als sie zu Anneliese und Achim in das Wohngemach trat, fühlte der Baron, wie ein leises Zittern durch die Gestalt seiner Frau ging. Ermutigend nahm er ihre Hand und legte sie in seinen Arm und ging so dem Besuch entgegen.

Die junge Frau konnte nichts für ihre Empfindungen, aber jedes Mal, wenn Herta in ihre Nähe kam, quälte sie eine heimliche Angst. Und nie kam ihr ihre Verlassenheit in dem Vaterhause mehr zum Bewußtsein, als dann, wenn Herta versuchte, liebevoll zu ihr zu sein. Diese Liebe kam ihr wie eine Maske vor und war falsch, so falsch wie ihre ganze Persönlichkeit, zu der sie nun einmal kein Zutrauen fassen konnte, weil sie fürchtete, hinterrücks von ihr mit einem Schlage getroffen zu werden. So glücklich und geborgen sie sich bei Achim fühlte, sie kam nie ganz zur Ruhe, solange Herta in Wolferdingen weilte.

hohung der bereits eingezahlten Anteile der zu erwartenden hohen Dividende teilhaftig zu werden. Tatsächlich verdoppelten, ja vervierfachten die Gesellschafter ohne Ausnahme das bereits eingezahlte Betriebskapital. Einer der Finanzmänner in München überredete seine Mutter, ihr herrschaftliches Haus, das einen Wert von 140 000 Reichsmark hat, zu verkaufen. Als sich jedoch kein Käufer meldete, erschien der angebliche Doktor und Golderzeuger bei der Frau und teilte ihr mit, daß er selbst das Haus kaufen werde. Er stellte zwei Schecks auf je 20 000 Mark aus, während er den Rest von 100 000 Mark behielt, um sie für das angebliche Kapitalkonto der Gesellschaft anzulegen. Als nun die betreffende Dame die beiden Schecks bei einer Münchener Bank einlösen wollte, stellte es sich heraus, daß weder Doktor Tausend noch die Gesellschaft dort ein Konto hatten. Dadurch kam man darauf, daß es sich hier um einen großen Betrug handelt.

In Südtirol hatte sich aber mittlerweile folgendes abgespielt: Der Baron hatte vor einigen Monaten auf der Straße zum Brenner einen Autounfall, wobei er einen Fußgänger überfuhr. Dieser blieb schwer verwundet auf der Straße liegen, ohne daß sich Tausend um ihn kümmerte. Er wurde nun von den Behörden gesucht, hielt sich aber versteckt und getraute sich nicht mehr nach seinem Schloß in Eppan zurück. Dort kamen inzwischen große Berge von Briefen an, die ungeöffnet liegenblieben. Es liefen bei der Münchener Polizei zahlreiche Klagen gegen Tausend ein. Tausend und seine Frau wurden verhaftet und in das Gefängnis nach Bozen gebracht.

Eröffnung des Goethe-Lessing-Jahres.

Festliche Veranstaltung in Braunschweig.

Am 19. Januar 1829 wurde im damaligen Braunschweiger Hoftheater Goethes „Faust" zum erstenmal auf die Bretter gebracht. Am 22. Januar 1729 wurde Lessing geboren, der lange Jahre in Wolfenbüttel als Bibliothekar wirkte und in Braunschweig sein großes Leben beschloß und seine letzte Ruhestätte fand. Die Stadt Braunschweig hat aus Anlaß dieser beiden bedeutsamen Gedenktage ein „Goethe-Lessing-Jahr" eröffnet. Die Feier begann in der Burg Dankwarderode, dem geschichtlichen Grundstein der Stadt Braunschweig, mit der Eröffnung der Ausstellung „Faust auf der Bühne". In Gegenwart einer festlichen Versammlung hervorragender Vertreter der deutschen Geisteswelt hielt

Oberbürgermeister Dr. Trautmann

die Eröffnungsrede. „Nicht Tote ehren wir," so führte er aus, „sondern machtvoll in die Gegenwart hineinragende, für diese und in ihr wirkende Geisteskräfte unseres Volkes, das trotz ehrlicher und voller Bejahung der Gegenwart nicht den Dank vergessen darf gegen Vergangenheit. Unser Goethe-Lessing-Jahr soll ein Sinnbild sein des Suchens unseres Volkes nach gesteigerter Geisteskultur. Ein Volk, das seine Kräfte aufs äußerste anspannen muß, um seine wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu erfüllen, kann und will nicht Feste feiern — kann und will aber durch ernste und würdige Veranstaltungen Zeugnis ablegen von den Kulturschätzen, die es besitzt und für seine Fortentwicklung lebendig erhalten will."

Das Massengrab.

Hunderte von Menschen durch Erdbeben unter Trümmern begraben.

In Peking eingegangene Telegramme bestätigen, daß bei dem Erdbeben im nordwestlichen Teil der Provinz Schansi zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Der größte Teil der Häuser in verschiedenen Städten und Dörfern stürzte zusammen, wobei Hunderte von Menschen unter den Trümmern begraben wurden. Die genaue Anzahl der Getöteten ist noch nicht bekannt.

über 200 Tote beim Erdbeben in Venezuela.

Nach den neuesten Berichten aus Karakas in Venezuela sind im Erdbebengebiet von Kumana bereits 200 Leichen aus den Trümmern geborgen worden. Die Zahl der Verletzten wird auf über 1000 angegeben und der angerichtete Schaden auf zehn Millionen Dollar geschätzt. General José Garbi bestätigte, daß die Zahl der Toten und Verletzten in Kumana außerordentlich groß ist. Präsident Gomez hat angeordnet, daß Schiffe mit Ärzten, Nahrungsmitteln und Medikamenten nach dem Erdbebengebiet abgehen.

Spiel und Sport

Sp. **Das Fußballländerspiel Deutschland—Schweiz** am 10. Februar in Mannheim wird von dem bekannten Wiener Schiedsrichter Braun geleitet werden.

Sp. **Die Berliner Berufsboxkämpfe** gingen vor fast ausverkauftem Sportpalast vor sich und brachten folgende Ergebnisse: Domgörgen II schlägt Schumacher in der 4. Runde k. o., Hartkopp und Scholz trennen sich unentschieden, Carnera (121 Kilogramm) besiegt Rösemann (94 Kilogramm) knapp nach Punkten, Tassin-Frankreich und Noack trennen sich unentschieden, Hein Domgörgen schlägt durch Fehlurteil Steinbach-Österreich nach Punkten.

Sport vom Sonntag.

Deutscher Fußballmeister geschlagen.

Tennis-Borussia schlug im Berliner Poststadion den Deutschen Fußballmeister Hamburger Sportverein vor 15 000 Zuschauern mit 3:2 (2:1).

Keine Fußball-Verbandsspiele in Berlin.

Der Verband Brandenburgischer Ballspiel-Vereine hat wegen der nicht bespielbaren Felder sämtliche Fußball-Verbandstreffen für Sonntag vom Programm abgesetzt.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 20. Januar.

Gedenkfeier für Lessing im Reichstag.

Berlin. Die Lessing-Hochschule beging am Sonntag im Reichstagsgebäude die Feier von Lessings 200. Geburtstag. Die Festansprache hielt Professor Dr. Friedrich Gundolf, Heidelberg. Lessing sah gleich Kant die geistige Freiheit als eine Aufgabe des Denkens und Erkennens und des Fortschreitens an. Freilich erkannte das seine Umgebung nicht. Professor Gundolf ging sodann auf Lessings Bedeutung für die heutige Zeit ein. Zwar könne man auch heute einen Begriff von deutschem Geist, deutscher Bildung oder Freiheit nicht in Satzungen und Verfassungen festlegen. Was wir aber heute mehr als je brauchen, ist eine wahrhaftige geistige Art als eine innere menschliche Haltung. An der Feier nahmen der Reichskanzler, Reichstagspräsident Löbe, Kultusminister Dr. Becker und zahlreiche prominente Vertreter von Reichs-, Landes- und städtischen Behörden sowie von Wirtschaft und Kunst teil.

Die amtliche Großhandelsrichtzahl.

Berlin. Die auf den Stichtag des 16. Januar berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamts ist mit 138,7 gegenüber der Vorwoche (138,9) leicht zurückgegangen.

Die Sitzung der Zentrumsfraktion.

Berlin. In der Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums, der ersten, die in diesem Jahre stattfand, widmete Abg. Dr. Perlitius dem verstorbenen Weihbischof Dr. Deitmer einen herzlichen Nachruf. Er gedachte ferner des Todes Lambert Lensings, der ein Menschenleben hindurch als charaktervolle Persönlichkeit in der Zentrumspartei gearbeitet habe. Die Fraktion trat dann in die sachlichen Beratungen ein. Danach wurde die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der kommenden Etatsberatungen eingehend erörtert. Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes, die nicht auf der Tagesordnung stand, wird im Laufe der Woche erfolgen.

Die Anklagen gegen Stinnes.

Berlin. Die Anklageschriften in der aufsehenerregenden Kriegsanleiheaffäre gegen Hugo Stinnes und Genossen sind jetzt fertiggestellt und der Strafkammer des Landgerichts I mit dem Antrage übergeben worden, das Hauptverfahren wegen versuchten Betruges gegenüber dem Reich durch Anmeldung von Kriegsanleihe-Neubesitz als Altbesitz zu eröffnen. Man glaubt, daß die Verhandlungen im März beginnen werden, und rechnet mit einer Prozeßdauer von vier Wochen.

Zehn Jahre Stahlhelm.

Magdeburg. Hier fand am Sonnabend und Sonntag die Führertagung des Stahlhelms statt, zu der sich etwa 6000 Führer zusammengefunden hatten. Die Tagung stand unter dem Zeichen des zehnjährigen Bestehens des Stahlhelms. Ein Vorabend mit Fackelzug, Zapfenstreich und Festansprache bildete den Auftakt zu dem Führerappell, der am Sonntag in einer Kundgebung seinen Höhepunkt fand.

Um das bayerische Wahlrecht.

Leipzig. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat die Klage der Demokratischen und der Wirtschaftspartei gegen das Land Bayern, das Wahlrecht zum Bayerischen Landtag für ungültig zu erklären, abgewiesen, weil er sich zur Behandlung ihrer Klageanträge für unzuständig erklärt hat.

Eisenbahners Tod.

Salzwedel. Auf der Strecke der Kleinbahn Salzwedel—Calbe an der Milde ereignete sich ein Eisenbahnunglück, wobei ein Zugführer getötet wurde. Ein Personenzug stieß auf einen Güterzug auf, der etwa zwei Kilometer von Salzwedel entfernt im Schnee steckengeblieben war. Der Zugführer Sommer vom Personenzug war sofort tot. Die Güterwagen wurden bei dem Zusammenstoß ineinandergeschoben.

7000 Zentner Korn verbrannt.

Eckernförde. In einer Kornscheune des Hofes Sartorf bei Rieseby im Kreise Eckernförde sind 7000 Zentner Korn sowie eine Dreschanlage verbrannt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Royalisten.

Paris. Zwischen der Polizei und den Anhängern der Action Française kam es auf dem Opernplatz in Paris zu schweren Zwischenfällen. Etwa 150 Königstreue marschierten in geschlossenem Zuge über die großen Boulevards und führten auf einem Lastwagen zwei gefesselte große Puppen mit sich, die den Landwirtschaftsminister Henessy und den Redakteur Dumay darstellten. Beiden waren die Royalisten bekanntlich eine Beteiligung an dem Krach der „Gazette du Franc" vor. Die Demonstranten kamen sehr bald mit den wenigen den Ordnungsdienst versehenden Polizisten ins Handgemenge, wobei sieben Beamte und mehrere Royalisten Verletzungen erlitten. Im ganzen wurden elf Verhaftungen vorgenommen.

Ein Riesenbrand.

London. In Hull kam ein Großfeuer zum Ausbruch, das das ganze Stadtzentrum gefährdete. Zahlreiche Läden sowie neueröffnete Räume eines großen Geschäftes wurden von den Flammen ergriffen und vier Bureaugebäude sind vollständig ausgebrannt. Die bei dem Riesenbrand aufsteigenden Funken wurden in einem Umkreis von einer Meile umhergestreut.

Acht Meter Straßenpflaster durch Gasexplosion aufgerissen.

London. Hier hat sich eine weitere Explosion einer Gasleitung ereignet, durch die acht Meter Straßenpflaster aufgerissen wurden. Personen kamen dabei jedoch nicht zu Schaden. Sofort herbeigeeilte Feuerwehrleute konnten durch Ausstreuen von Sand das durch die Explosion ausgebrochene Feuer löschen.

Die Todesopfer des Wirbelsturms.

Chikago. Die Zahl der durch einen über Illinois, Missouri, Indiana und Kentucky hinweggegangenen Tornados beträgt bisher 10. Man befürchtet jedoch, daß sich bei Wiederherstellung der Verbindungslinien eine noch größere Zahl herausstellen wird. Das Rote Kreuz hat eine besondere Hilfsabteilung nach Maunis im Staate Illinois entsandt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen, und für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Dr. Große-Dresselhaus sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Bärendahl, den 21. Januar 1929.

Familie Wilh. Eicker.

Danksagung

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen, sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank.

Büchen, den 19. Januar 1929.

Geschwister Funkenhaus.



Freiwillige Feuerwehr Carthausen.

Samstag, den 26. Jan. 1929 abends 7½ Uhr findet im Vereinslokal unser diesjähriges

Winterfest

mit Verlosung

statt, wozu wir unsere passiven Mitglieder herzlichst einladen.

Der Vorstand und das Kommando.



Heute nachm. 5 Uhr entschlief sanft und gottergeben, nach einem langen, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Witwe Heinrich Koch

Karoline geb. **vom Brocke**

im 65. Lebensjahre.

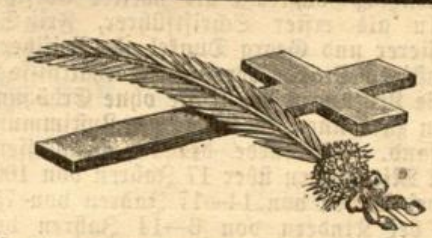
Dies zeigen tiefbetrübt an und bitten um stille Teilnahme:

Familie Heinrich Koch
Familie Erich Eichholz

Ehringhausen Post Oberbrügge u. Halver, den 19. Januar 1929.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. Jan. nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Kranzspenden und Beileidsbesuche dankend verbeten.



Heute nachmittag 5½ Uhr entschlief sanft und gottergeben, nach kurzer Krankheit, meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Hermann Gesenberg

Anna geb. **Osenberg**

im 74. Lebensjahr.

Um stille Teilnahme bitten:

Hermann Gesenberg
Rudolf Gesenberg
Meta Knapp geb. Gesenberg
Karl Knapp
und 1 Enkelkind.

Ober-Buschhausen und Wipperfürth, den 20. Januar 1929.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Jan. 1929 nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus über Ennepe nach Halver statt.

Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, erbitten wir diese als solche zu betrachten.

Kranzspenden dankend verbeten.

In das Handelsregister A Nr. 951 ist heute die Firma **Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke, Halver i. W.** eingetragen. Inhaber ist der Kaufmann Carl Menke in Halver.

Lüdenscheid, den 17. Januar 1929.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr. 953 ist heute die Firma **Otto Lynker, Carthausen** und als Inhaber der Fabrikant Otto Lynker in Carthausen eingetragen.

Lüdenscheid, den 17. Januar 1929.

Das Amtsgericht.

Erkrankungen der Atmungsorgane:
Inhalatoren, Emser u. Lodener Pastillen.
C. Baukloh,
Kierspe-Bahnhof

Irrigatoren
komplett
Einzelgefäße, Schläuche
C. Baukloh,
Kierspe-Bahnhof.

Technikum Lemgo Ingenieurschule
Maschinenbau, Eisenhochbau, Elektrot., Betriebstechnik, Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau, Architektur
Programme durch das Sekretariat

Junges
Mädchen
22 Jahre alt. Elternlos. In der Küche selbständig und in sonstigen vorkommenden Hausarbeiten erfahren sucht Stelle als Stütze zum 1. oder 15. Feb.
Off. unt. Nr. 150 an die Gesch. d. Allg. Anz. Halver

Fleißiges und sauberes
Mädchen
25 Jahre,
sucht Stellung
bis zum 1. Februar 1929.
Lohn 40 M.
Angebote an die Geschft. des Allg. Anz. Halver.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung i. 10 Monatsrat. liefert Teppichhaus Agay & Glück Frankfurt a. M. 1560.
Schreiben Sie sofort!